

STAATSARCHIV HAMBURG

314-15 = 1. 167

Oberfinanzpräsident

ABL 1998

Bescheidsakte I u II A87

Bescheidsakte I

Reg. Nr. 342

Rudolf Ayt

mit eigenem Recht

A 87

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION

HANNOVER-KLEEFELD

KAULBACHSTR. 23

Fragebogen BRAG

abgegeben am:

Geschrieben 28.10.57
Gelesen

Abgesandt 29. Okt. 1957

United Restitution Organization

Zweigbüro: Hannover-Kleefeld

Kaulbachstr. 23 - Telefon 50256

Telegramm-Adresse: UKO CLAIMS

Einschreiben

UK/A/14 a

Hannover, den 19. August 1957
Dr. Bl./Sa

An die
Oberfinanzdirektion
Hamburg

22. AUG. 1957
Anlagen

A 87 - V 115 d

Betr.: Rückerstattungssache Rudolf A p t ,

Wir beziehen uns auf den Beschluss des Wiedergutmachungs-
amtes Hamburg - I/Z 4177 -1- vom 26.7.52 wegen Entziehung von
Umzugsgut über RM 33.774,-- sowie auf den Beschluss des Wieder-
gutmachungsamtes Hamburg - I/)Z4177 -1- vom 9.4.52 wegen
Passagegelder über RM 1.156,89. Wir bitten, auf Grund des
Bundesrückerstattungsgesetzes den Anspruch gegen das Deutsche
Reich festzustellen, die Korrespondenz mit uns zu führen und
alle Zahlungen auf unser Anderkonto 62073/15 bei der Dresdner
Bank AG. in Hannover, Rathenauplatz 4, zu leisten.

(Dr. W. Blumberg)

Im Auftrag

(POLACK)

FIN. MS.

25.11.

WV.

25.10.

Re

Re 25.10.

Fragebogen

6 471

Az: O 1488 - A 87 - BV 331

OFD: H A M B U R G

1) Personalangaben des **Berechtigten:**Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

A p t, Rudolf

Geburtsdatum und Geburtsort:

25.7.1882 in Dresden

jetzige Anschrift:

84, Shoot-up Hill, London NW 2

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Dresden

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

2) Personalangaben des **Verfolgten:**

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

3) (von der OFD auszufüllen)*):

Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

a) Beschluß Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg vom 9.4.52 - I/Z 4177 -1- wegen Passagegelder

b) Beschluß Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg vom 26.7.52 - I/Z 4177 -1- wegen Umzugsgut

*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes
Preußen,

3. der ehemaligen National-
sozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei (NSDAP),
deren Gliederungen, deren
angeschlossenen Verbände
und der sonstigen aufge-
lösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der
Juden in Deutschland und
des Auswanderungsfonds
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

X 4) Liegen weitere Beschlüsse
oder Vergleiche vor, nach
denen Ihnen allein oder ge-
meinsam mit anderen Berech-
tigten rückerstattungsrecht-
liche Geldansprüche gegen
einen der in Ziffer 3) ge-
nannten Rechtsträger zu-
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-
behörde, Datum und Aktenzeichen
des Beschlusses oder des Vergleichs)

Nein

X 5) Haben Sie allein oder gemein-
sam mit anderen Berechtigten
rückerstattungsrechtliche
Geldansprüche gegen einen
der in Ziffer 3) genannten
Rechtsträger geltend
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-
hörde und des Aktenzeichens)

Nein

X 6) Welche von den in Ziffer 3)
bis 5) genannten rückerstat-
tungsrechtlichen Geldan-
sprüchen sind ganz oder teil-
weise abgetreten, verpfändet
oder gepfändet worden?

Nein

Gfs. ist anzugeben
a) in welcher Höhe
b) Name und Art
Abtretungsempfänger
oder Pfandgläubiger

7) Auf welche von
3) bis 5) genan-
nten rückerstattungsrecht-
lichen Geldansprüchen haben
Sie Leistungen erhalten?

Gfs. ist anzugeben
a) von welcher Behörde
b) in welcher Höhe

X 8) Haben Sie Ansprüche
auf Rückerstattung?

(Anzugeben ist die Behörde,
der für die Rückerstattung
Körper oder Freiheit)

Gfs. ist anzugeben
der Name und das
Aktenzeichen

9) Haben Sie Ansprüche
auf Rückerstattung von
Bausparungsgeld?
re
v
s

Gfs. ist anzugeben

- a) in welcher Höhe,
b) Name und Anschrift des
Abtretungsempfängers
oder Pfandgläubigers.

- 7) Auf welche von den in Ziffer
3) bis 5) genannten rücker-
stattungsrechtlichen Geldan-
sprüchen haben Sie bereits
Leistungen oder Darlehen er-
halten?

Gfs. ist anzugeben

- a) von welcher Stelle,
b) in welcher Höhe.

OFD Hamburg

- 1.) Darlehen über 5.000,-- DM
2.) Darlehen über 5.000,-- DM

- X 8) Haben Sie Entschädigungs-
ansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-
digungsansprüche mit Ausnahme
der für Schaden an Leben, an
Körper oder Gesundheit oder an
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-
cher Entschädigungsbehörde
und unter welchem Akten-
zeichen.

Reg.Nr. 214015

Entschaedigungsbehoerde Hildesheim

- 9) Haben Sie einen Bevollmäch-
tigten für das im Bundes-
rückerstattungsgesetz für die
Befriedigung rückerstattungs-
rechtlicher Geldansprüche
vorgesehene Verfahren be-
stellt?

Gfs. ist Name und Anschrift
des Bevollmächtigten anzu-
geben.

United Restitution Organization, Hannover, Kaulbachstr. 23.

Mein Bevollmächtigter ist ermächtigt, alle Rechtsge-
schäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, die ich selbst
vornehmen könnte, insbesondere darf er Vergleiche abschlies-
sen, Rechtsmittel einlegen und zurücknehmen, Darlehnsanträge
stellen, Darlehnsverträge unterzeichnen. Die Vollmacht gilt
auch für das Bescheidsverfahren gemäss Bundesrückerstattungs-
gesetz. Mein Bevollmächtigter ist berechtigt, die ihm erteil-
te Vollmacht ganz oder teilweise auf einen Dritten zu über-
tragen. Mein Bevollmächtigter ist von den Beschränkungen
des § 181 BGB befreit und berechtigt, Gelder für mich in
Empfang zu nehmen.

10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

Auf das Ausländer-Anderkonto der URO in Hannover bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. in Hamburg, Ferdinandstrasse 75.

Bei Auszahlung der 3. Rate
siehe Blatt 47 (Teilbetrag für Uro
DM 2382,-) beibehalten. R. 18.6.59

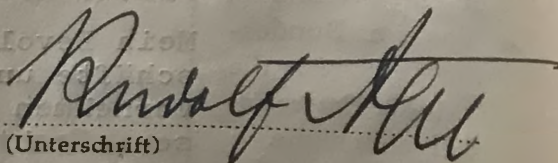
11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

Erwan N.W. 2, den 19. Dezember 1957

(Ort)

(Datum)



(Unterschrift)

Oberfinanzdirektion Hamburg Hamburg 13, den
- O 1488 - APT BV 33/334 - Hartungstrasse 5
Reg. Nr. 342 Telefon 44 12 91 (32)

23 April 1957

9

B e s c h e i d

auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung
der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des
Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger
(Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG -) vom 19. 7. 1957
(Bundesgesetzbl. I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion
Hamburg dem Berechtigten

RUDOLF APT

84, SHOOT-UP HILL, LONDON NW2

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigte :

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION
HANNEVER-KLEEFLD
KAULBACHSTR. 23

folgenden Bescheid:

Dem Bescheid liegt der Beschluss/Vergleich

AZ 三

U4
BE. 35

- UT
Br. P.P.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Entscheidungen/und/gütlichen Einigungen stehen dem Berechtigten nach Massgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung
zu I,1) DM 200 144,61
- 2) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung
zu I,2) DM 200 50.661,-
- 3) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung
zu I,3) DM

Der Anspruch vermindert sich gemäss § 23 BRUG um DM

Der hiernach insgesamt geschuldete Goldbetrag wird auf

DM 50.805.61

(i.W.: FÜNFZIGTAUSEND ACHTHUNDERT FÜNF

6 1/2 (Deutsche Mark)

festgestellt.

III.

11 14

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszuführen.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG zu zahlen:

- | | | |
|---------------------------------|----|----------|
| 1) bis spätestens zum 31.3.1959 | DM | 20.000,- |
| 2) bis spätestens zum 31.3.1961 | DM | 5402,81 |

Der verbleibende Restbetrag von DM 25402,80 ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs. 5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäss § 36 BRUG die folgenden Vorleistungen/Darlehen angerechnet:

- | | | |
|--------------------|-------|---------------------------|
| 1. Darlehen von DM | 500,- | mit Wirkung vom 1.4.1956 |
| 2. Darlehen von DM | 500,- | mit Wirkung vom 26.9.1956 |

VI.

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäss § 37 BRUG an das Land bewirkt.

VII.

12 #

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und Ziffer IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM an die Berechtigten zu bewirken.

VIII. VI

Stehen den Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsgerechtl. Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil-Bescheid.

IX. VII

Gründe:

pp.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. - Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

X. VIII

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 (3) Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Vorgelegt:

Präsident
a. d.

Wied. ger. Kammer:

Präsident
a. d.

Im Auftrag

107
a. d.

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 1488 - A 87/- BV 33/331 ✓

Reg.Nr. 341 + 342 ✓

Hamburg 13, den 19. 3. 58
Hartungstraße 5
Telefon 44 12 91
Büro Wiedergutmachung:
Magdalenenstraße 64a

An den
Regierungspräsident Hildesheim
- Entschädigungsbehörde -

H i l d e s h e i m
Bürohaus am Hindenburgplatz

20. März 1958
Paul J. W.

Ihr Az.: Reg.Nr. 215 333/ 225 191 (Alice Apt)
" " 214 015 (Rudolf Apt) ✓

Anl. : -1-2-

In der Rückerstattungssache 1) Dr.phil.Alice Apt, geb. 6.9.1910 ✓
2) Rudolf A p t, geb. 25.7.1882, ✓

Übersende ich Ihnen unter Hinweis auf die Besprechung der
Referenten der obersten Landesentschädigungsbehörden vom
4. - 6. Juni 1957 die Entwürfe des von mir zu erlassenden
Bescheides.

Ich bitte Sie, sich binnen 6 Wochen darüber zu erklären,
ob aufgrund bereits ergangener entschädigungsrechtlicher
Entscheidungen Forderungen auf ein Land übergegangen sind.

Falls Sie binnen 6 Wochen keine Einwendungen erheben, werde
ich den im Bescheid vorgesehenen Beträge an die Berechtig-
ten auszahlen.

Im Auftrag

Polack
(Polack)
Reg.Ass.

Wm. 10.5.1

Handwritten signature and initials

OFD Hamburg

- C 1488 - A 87 - EV 42/421(33/331) Hamburg 13, den 24. April 1958
Reg.Nr. 341 und 342

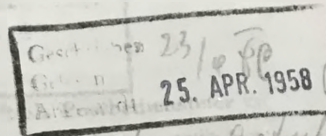
32

Fe

Vfg.Mit Postzustellungsurkunde!

1.)

An
 United Restitution
 Organization (URO),
 Hannover-Kleefeld
 Kaubachstr. 23

Betr: Rückerstattungsachen

1. Dr.phil. Alice Apt, dort.Az: UK/A/14 b
 2. Rudolf A p t, " " UK/A/14

Anl.: 2 Bescheide (1 Doppel)

Anliegend übersende ich Ihnen zwei Bescheide nach
 dem Bundesrückerstattungsgesetz.

Der in dem Bescheid

Reg.Nr. 341 für Frau Dr. Alice Apt

festgestellte Betrag in Höhe von DM 14.254.50
 sowie ein Teil - Betrag in Höhe von DM 10 000.-
 des in dem Bescheid

Reg.Nr. 342 für Herrn Rudolf A p t

festgestellten Anspruchs wird in Kürze - wie im
 Fragebogen angegeben - auf Ihr Ausländer-Anderkonto
 beim Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,
 überwiesen werden.

Im Auftrag

(P o l a c k)
 Regierungsassessor

1.) EV 11 m.d.B., beide Bescheide
 zu siegeln

3.) Absendung

4. ZdA.Bescheidsakte

Oberfinanzdirektion Hamburg
- O 1488 - A 87 - BV 42/421 -

Entwurf
Hül
Ausg. BV Verw.
Nr. 6004
1. Ausfertigung für 6004-350
2. " " Vermögensbuchhaltung
3. 4. " " Werteverwaltung

34
18

Reg. Nr. 342

1. Anordnungsbeurteilung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 23. April 1958 erteilten Bescheides steht dem Berechtigten Herrn Rudolf Apt ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 50.805,61 zu. Hiervon ist ein Betrag von DM 20.000,- sofort auszuzahlen. Die dem Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt DM 10.000,- sind anzurechnen, so dass nur noch ein Betrag von DM 10.000,- auszusahlen ist.

Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen
Verb. Stelle: K. 6034 Tit. 350 Rj. 19 58

Auszuzahlen sind 10.000,- DM

(i. W.: Zehntausend DM)

Bil. 41
für 3. Rate
Kontokorrent

Herrn Rudolf Apt,
84, Shoot-up Hill, London NW 2

Ansänder-Anderkonto der United Restitution Organization (URO),
Hannover-Kleeefeld, beim Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg.

Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Rj. 1958
Buchungsstelle 0804 - 10
Vermögensgr. 4313/09
Kto. Nr.
in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) eingetragen.
Lfd. Nr.
Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

10.000,- DM

(i. W.: Zehntausend DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

Auslieferungsanordnung.

Wertkontobuch C S. 96 Nr. 392
Wertkontobuch C 2 "102" 1773
Wertkontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

v. 18.3.55	1.4.55	über 5.000,-	DM (i. W.: Fünftausend)	DM)
v. 22.9.55	12.9.56	über 5.000,-	DM (i. W.: Fünftausend)	DM)
v.		über	DM (i. W.:)	DM)
v.		über	DM (i. W.:)	DM)

Darlehensnehmer: Rudolf Apt, 84 Shoot-up-Hill, London NW 2, vertr. durch: United Restitution Organization (URO), Hannover-Kleeefeld, Kaulbachstr. 23

an BV 42 Reg. Ass. Jakob herauszugeben.
(Namen und Amtsbezeichnung)

erhalten: 21.5.58
Hamburg, den

21.5.58

Sachlich richtig und festgestellt

Hamburg, den 16. Mai 1958

(Kühler) A.I.
(Amtsbezeichnung)

Verträge sind in der D.A. mit Seite 21-22 im abgeh. Kop.

I. A.
(Friedert)
Oberregierungsrat

17.14/5.

Anordnungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 23. April 1958 erteilten Bescheides steht dem Berechtigten, Herrn Rudolf Apt, ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 50.805,61 zu. Die zunächst fälligen DM 20.000,-- sind bereits zur Auszahlung gelangt. Gemäss § 32 Abs. 3 BRUG kann nunmehr ein weiterer Betrag von DM 5.402,81 ausgezahlt werden.

Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verh. Stelle: Kass. Dir. 350 RI 19 50

OFD Hamburg

- O 5608 - A 87 - BV 42/421 -

Reg. Nr. 342

Vfg.

Postanschrift:

1. Juni

9

1.) Herrn

Regierungspräsidenten
- Entschädigungsbehörde -H i l d e s h e i m

Geschäftsbereich 1.6.59

Datum 2.6.59

Abgeordnet - 2. JUNI 1959

/Ls.

Betr.: Rückerstattungssache Rudolf Apt, geb. 25.7.1882
hier: Bescheid vom 23.4.1958 - Reg. Nr. 342

Bezug: Dortg. Schreiben vom 10.4.1958 - Az.: EB - 214 015 -

Unter Bezugnahme auf den vorerwähnten Bescheid teile ich mit, dass der bis zum 31.3.1961 auszufehlende Betrag in Höhe von

DM 5.402,81

in Kürze dem Berechtigten überwiesen werden wird.

Im Auftrag

2.) ZdA.

(Dr. Grassmann)
Regierungsassessor

erhalten:

Hamburg, den

sachlich richtig und festgestellt

Hamburg, den 2. Juni 19 59

Rehberg) R.J.

(Amtsbezeichnung)

I. A.

(Dr. Grassmann)
Regierungsassessor

Oberfinanzdirektion Hamburg
- O 5608 - A 87 - BV 42/421 -
Reg. Nr. 342

Hül	Ausg. BV Verw.
Nr.	
6004	
1. Ausfertigung für	550
2. " " " " " "	Vermögensbuchhaltung
3. " " " " " "	Werteverwaltung

1. Anordnungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 23. April 1958 erteilten Bescheides steht dem Berechtigten, Herrn Rudolf Apt, ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 50.805,61 zu. Die zunächst fälligen DM 20.000,-- sind bereits zur Auszahlung gelangt. Gemäss § 32 Abs. 3 BRUG kann nunmehr ein weiterer Betrag von DM 5.402,81 ausbezahlt werden.

Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verb. Stelle: Kap. 007 Tit. 350 Rj. 19 59

Auszuzahlen sind 5.402,81 DM

(i. W.: Fünftausendvierhundertundzwei 81/100 ----- DM)

Herrn Rudolf Apt,
84, Shoot-up Hill, London NW 2.

Ausländer-Anderkonto der United Restitution Organization (URO)

Kto.: Hannover, beim Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg.

Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Kj.
Buchungsstelle
Vermögensgr. 4313/09
Kto. Nr.
in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) eingetragen.
Lfd. Nr.
Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

DM

(i. W.: ----- DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

Auslieferungsanordnung.

Wertekontobuch C
Wertekontobuch C
Wertekontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

v.	/ über	DM (i. W.: -----	DM)
v.	/ über	DM (i. W.: -----	DM)
v.	/ über	DM (i. W.: -----	DM)
v.	/ über	DM (i. W.: -----	DM)

Darlehensnehmer:

an BV ----- herauszugeben.
(Namen und Amtsbezeichnung)

erhalten:

Hamburg, den

Sachlich richtig und festgestellt

(Rehberg) R.J.

(Amtsbezeichnung)

Hamburg, den 2. Juni 19 59

I. A.

(Dr. Grussmann)
Regierungsassessor

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

ase quote:

U?K/A/14

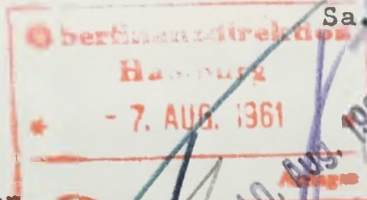
stworthschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 4. August 1961

An die

Oberfinanzdirektion

H a m b u r g



Sa.

A 87 - BV 42/421 -

Betr.: Rückerstattungssache Rudolf A p t

Für Herrn Rudolf A p t ist der Bescheid vom 23.4.1958 ergangen, nach dem dem Antragsteller ein Anspruch in Höhe von DM 50.805,61 zusteht. Auf diesen Anspruch hat der Geschädigte DM 25.402,81 in mehreren Raten erhalten. Es steht ihm somit noch ein Restbetrag von DM 25.402,80 zu.

Wir verweisen auf die Richtlinien des Bundesministers der Finanzen vom 30.3.61, abgedruckt im Bundesanzeiger vom 7.7.61 Nr. 128. Nach dessen Richtlinien können Personen, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, von den ihnen über DM 20.000,-- zustehenden Ansprüchen weitere 50% erhalten. Wir überreichen anliegend eine konsularisch beglaubigte Abschrift der Geburtsurkunde des Antragstellers Rudolf Apt, aus der sich ergibt, dass der Antragsteller bereits 79 Jahre alt ist.

Wir beantragen,

einen Ergänzungsbescheid zu erlassen, durch den dem Antragsteller weitere 50% des Restbetrages ausbezahlt sind.

Für beschleunigten Erlass eines Bescheides wären wir dankbar.

- 1) Antrag not
- 2) vgl. bes.
- 3) zur BF.

(Dr. W. Blumberg)

Handwritten signature and date: 19. 8. 61

Durchschrift

31 52

OPD Hamburg

O 5608 - A 87 - BV 24/243 -

Hamburg 13, den 11. Okt. 19 61

95

Büro: Magdalenenstr. 64 a

An die
United Restitution Organization
(U R O)

H a n n o v e r
Klagesmarkt 10/11

Betr.: Rückerstattungssache Rudolf A p t
Bezug: Ihr Schreiben vom 10.6.1959 - UK/A/14 -

Nach der mit o.a. Schreiben übersandten Zahlungsanweisung des Berechtigten vom 18.5.1958 ist von der zur Auszahlung gelangenden letzten Rate der Rückerstattungssumme in Höhe von DM 25.402,80 der Betrag von DM 2.382,-- auf Ihr G-Konto bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. in Hamburg zu überweisen. ist.

Auf Grund der Richtlinien des Bundesministers der Finanzen vom 30.6.1961 (MinBlFin 1961 S. 640) kann auf Ihren Antrag vom 4.8.1961 eine Vorauszahlung in Höhe von DM 12.701,40 gewährt werden. Von dieser Vorauszahlung beabsichtige ich DM 1.191,-- auf Ihr o.g. Konto zu überweisen.

Ich bitte um Mitteilung, ob Sie mit dieser Regelung einverstanden sind.

Im Auftrag

(Dr.Grassmann)
Regierungsrat

Oberfinanzdirektion Hamburg
5608 - A 87 - BV 24/243

(Absender - Dienststelle)

Hamburg, den

19

Sofort! KM zurücksenden,
wenn Steuerpflichtiger unter
der angegebenen Anschrift
nicht zu ermitteln.

KM

Ausgewertet mit/ohne Erfolg

zu den Steuerakten

am:

durch:

An das

Finanzamt Hamburg - Nord

Hamburg 1, Steinstr.10

in

des Herrn Rudolf A p t

in 84, Shoot up Hill, London NW 2 Straße
Platz

der Oberfinanzkasse Hamburg

Der -die- Obengenannte hat von -an-

in Hamburg 11, Rödingsmarkt 83

(genaue Anschrift)

Straße Nr.
Platz

1.) Folgende Zahlungen, Gutschriften - Lieferungen - erhalten - getätigt:

a) Zahlungstag
b) Tag der Gutschrift
c) Rechnungstag

Betrag der
a) Zahlung
b) Gutschrift
c) Rechnung
DM

Art der Zahlungen:
(bar, Bank, Postscheck,
Wechsel, Gutschrift,
Gegenrechnung)

Gegenstand des Geschäfts, für das das Entgelt gezahlt worden ist,
oder Bezeichnung der gelieferten Waren:

a) 12.701,40

Rückerstattung gemäß § 32 BRUG

321

OFD Hmb Bp 36 KM - allgemein

(Nichtzutreffendes streichen)

1419 12.60

Dresden

Geschädigte(r):

./.

liegen hier Rechtstitel vor.

~~Der/Die/Benachteiligte/n/Geschädigte/n hat/haben sich bei der Bundesrueckstattungskasse in Deutschland in Ihrem Besitz. Ich bitte daher um Mitteilung ob dort bereits nach dem Bundesrueckstattungsgesetz zu erfüllende Rueckstattungsansprüche rechtskräftig festgestellt wurden und ob Sie für die Durchführung des Erfüllungsverfahrens gemäß §§ 38 ff BRUG zuständig sind. Gegebenenfalls werde ich Ihnen einen internen Teilbescheid für die hier zuerkannten Ansprüche übersenden.~~

Im Auftrag

Sondervermögens- und Bauverwaltung
beim Landesfinanzamt Berlin

Gesch.-Z.: V 424 - O 5608

Erf.-Nr. 43047

(Bitte in allen Schreiben anzugeben)

Oberfinanzdirektion Hamburg

2 Hamburg 13

Harvestehuder Weg 14

Betrifft: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren
Rudolf Apt u.a.

Bezug:

Zugunsten ~~der~~ der Berechtigten:

Name	Vorname	Geburtsdatum u. -Ort	Letzter inländi- scher Wohnsitz
Apt	Rudolf	25.7.1882 Dresden	Dresden
Apt geb. Jacobi	Sophie	1.11.1883 Dresden	Dresden A.

Geschädigte(r):

./.

liegen hier Rechtstitel vor.

~~Der/die Berechtigte/n im Geschädigtenkreis hat/sie sich um die Erfüllung der inländischen Wohnsitz im Inland beantragt.~~ Ich bitte ~~den~~ um Mitteilung, ob dort bereits nach dem Bundesrückerstattungsgesetz zu erfüllende Rückerstattungsansprüche rechtskräftig festgestellt wurden und ob Sie für die Durchführung des Erfüllungsverfahrens gemäß §§ 38 ff BRÜG zuständig sind. Gegebenenfalls werde ich Ihnen einen internen Teilbescheid für die hier zuerkannten Ansprüche übersenden.

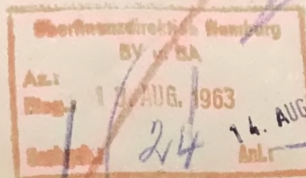
Im Auftrag

Imin
(v. Borries)

*21 Vff. bes. v. d. v.
2 zur RA*

15/8

1 Berlin 12. 9. August 1963
Fasanenstraße 87, Zimmer 37
Fernruf 32 52 01, Apparat 261



36

14. AUG. 1963

Durchschrift

Verfinanzdirektion Hamburg

1466 - A 67- RV 3331 -

Hamburg 15. des
März. 1952

15. April 1952

Reg. Nr. 342

Bescheid

Auf Grund der §§ 56, 79 des Bundesgesetzes zur Regelung der währungsrechtlichen Geldschuldverhältnisse des Deutschen Reichs und gleichgesetzter Reichsteile (Bundesrückstellungsgesetz - BRStG -) vom 12.7.1951 (Bundesgesetzblatt I, S. 736) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

dem Bescheidgen:

**Herrn Rudolf A p t,
64, Shoot-up Hill,
L o n d o n W 2**

als Rechtsnachfolger nach

✓.

Berechtigter: **United Restitution Organisation (URO)
Hannover-Kleefeld, Kaulbachstr. 2**

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen und gültigen Einigungen zu Grunde:

- 1) Beschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 9.4.52 - I/2 4177 -1-
- 2) Beschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 20.7.52 - I/2 4177 -1-

II.

Aus den in Ziff. I aufgeführten Entscheidungen stehen dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 - 26 BRStG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung zu I, 1) : Ds 144,61
- 2) Aus der Entscheidung zu I, 2) : Ds 90.661,-

40 ✓

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf
RM 50.805,61 (i.B.: Fünfsigtausendachthundert-
undfünf 61/100 Deutsche Mark)

festgestellt.

III.

Von dem zu Ziff.II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG
zu zahlen:

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959 DM 20.000,--
- 2) bis spätestens zum 31.3.1961 DM 5.402,81

Der verbleibende Restbetrag von DM 25.402,80
ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs.5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf
einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

Der zu Ziff.II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34
BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 v.H. vom 1.4.56
ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden
Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

Auf die nach Ziff.III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zah-
lungen werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 1.4.56
2. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 26.9.56.

VI.

Stehen dem Berechtigten neben den in Ziff.II aufgeführten An-
sprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen
die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Be-
scheid als Teil - Bescheid.

VII.

Der Rückerstattungsanspruch I,2 beträgt demnach DM 50.661,--
Gründe:

- I. Durch den in Ziff.I,1 genannten Beschluß ist festgestellt worden,
daß das Deutsche Reich dem Berechtigten für ein entsogenes
Passageguthaben in Höhe von RM 1.156,89 Schadensersatz gemäß
Art. 26 Abs.2 EEG zu leisten hat.

Dieser Schadensersatzanspruch ist an sich nach § 20 Abs.1 BRUG
in Verbindung mit § 16 Umstellungsgesetz auf Deutsche Mark umzu-
stellen. Bei Anwendung des § 20 BRUG ist jedoch zweifelhaft, ob
dem Berechtigten die Zinspauschale gemäß §§ 20 Abs.3, 16 Abs.2
BRUG zusteht. Voraussetzung dafür ist nämlich, daß dem Berechtig-
ten mit der Forderung auch ein Zinsanspruch entsogen worden ist.

Ob dieses der Fall war, läßt sich nicht eindeutig klären. Ein vertraglicher Zinsanspruch hat dem Berechtigten jedenfalls nicht zugestanden.

Die abschliessende Beurteilung kann jedoch dahingestellt bleiben. Der Berechtigte hat hier aus demselben Entziehungstatbestand sowohl einen rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruch gemäß Art. 26 Abs. 2 BRG als auch einen rückerstattungsrechtlichen Anspruch auf Zahlung eines RM-Betrages gemäß Art. 25 BRG. Diese Ansprüche stehen ihm nach § 22 BRG wahlweise zu. Im Interesse des Berechtigten wird der für ihn günstigere dieser beiden Ansprüche dem Bescheid zu Grunde gelegt. Günstiger ist der Anspruch auf Zahlung eines RM-Betrages. Dieser wird gemäß § 15 BRG im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt. Dieses ergibt bei einem eingezogenen Passagieguthaben von RM 1.156,89 = DM 115,69

Hinzu kommt nach § 15 Abs. 2 BRG eine Zinspauschale von 25% DM 28,92

Diese Zinspauschale wird nach § 15 Abs. 2 BRG ohne Rücksicht darauf gewährt, ob dem Berechtigten seinerzeit auch ein Zinsanspruch entzogen worden ist.

Dem Berechtigten steht daher zu I, 1 ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 144,61 zu.

- II. Durch den in Ziff. I, 2 genannten Beschluß ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, dem Berechtigten für am 8.8.1941 entzogenes Umzugsgut im Werte von RM 33.774,-- Schadensersatz zu leisten.

Gemäß § 16 Abs. 1 BRG bemisst sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der dem Berechtigten auf Grund dieses Beschlusses zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umzugsgutes am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf DM 50.661,-- festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht dem Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umzugsgutes gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs. 2 S. 1 kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen.

Der Rückerstattungsanspruch zu I, 2 beträgt demnach DM 50.661,--

Insgesamt steht dem Berechtigten ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 50.805,61 zu.

Dieser Betrag ist gemäß § 32 BRG wie folgt auszuzahlen:

- a) bis zum 31.3.1959 in Höhe von DM 20.000,-- (§ 32 Abs. 2 BRG)

Bei Erfüllung dieses Anspruchs sind gemäß § 36 BRG die dem Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt DM 10.000,-- anzurechnen. Ihm werden daher zunächst nur DM 10.000,-- ausbezahlt.

42 48

b) bis zum 31.3.1961 bis zur Höhe von 50% des Gesamtanspruches DA 5.402,81 (§ 32 Abs.3 BRUG)

c) Der Restanspruch von DA 25.402,80 ist gemäß § 32 Abs.4 BRUG bis zum 31.3.1962 zu erfüllen. Dieser Betrag wird möglicherweise gemäß § 32 Abs.5 BRUG gekürzt, wenn die für die Rückerstattung gemäß § 31 BRUG zur Verfügung stehenden Mittel zur vollen Erfüllung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche nicht ausreichen. Über die Frage der Kürzung und der Ausschüttung des Restes kann frühestens ab 1.4.1961 entschieden werden.

Der in Ziff.IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Demnach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz. Seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annehmbar in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese VIII. Woche in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach beantragt worden. Diese Sachverständigen gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Wertung festzusetzen. Es hat aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen handelt, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadenerschätzung in diesen Fällen nach dem Wert der Sachen auf den 2. Brauchwarenmarkt (Polack) den Wert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 R JW 1957 S.73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchsgüter ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Materials per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

43 44

Anlage

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchtwaren sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Homburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchtwarenmarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RzW 1957 S.73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchtwaren ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

3 Hannover · Klagesmarkt 10/11
Postfach Nr. 6065

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

use quote: UK/A/14
antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 14. Oktober 1964

Tr. Finanzdirektion Hamburg

BV u. B.

An:

Bing:

15. OKT. 1964

35 16. OKT. 1964

Befugnis

1.1.1

Zu: 0 5608 - A 87 - BV 24/243

An die
Oberfinanzdirektion
2 H a m b u r g 13
Harvestehuder Weg 14
Postfach

Betr.: Rückerstattungssache Rudolf APT ././. Deutsches Reich

Sehr geehrte Herren!

Aufgrund des Bescheides der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 23. April 1958 - obiges Aktenzeichen - steht noch ein Restbetrag von DM 12.701,40 zur späteren Zahlung offen.

Unter Bezugnahme auf die nunmehr veröffentlichte Novelle zum Bundesrückerstattungsgesetz bitten wir um Auszahlung von DM 10.000,--.

Zuerkannt wurden gemäß dem obigen Bescheid DM 50.805,61.

Nach der Novelle kommen zur

Auszahlung DM 40.000,--

75% der restlichen

DM 10.805,61 " 8.104,21

DM 48.104,21

abzüglich bereits erhaltener . " 38.104,21

Zur sofortigen Zahlung DM 10.000,--

Vorsorglich erklären wir uns damit einverstanden, daß

- a) DM 9.200,-- auf unser Konto Nr. 78 496 bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. in Hamburg,
b) DM 800,-- auf unser Gebührenkonto bei der gleichen Bank
DM 10.000,--

überwiesen werden.

Der danach noch offene Betrag von DM 2.701,40 kommt gemäß der Novelle ab 1. Januar 1965 zur Auszahlung, da der Antragsteller über 65 Jahre alt ist.

Da der Antragsteller im 83. Lebensjahr steht, bitten wir, die Auszahlung bevorzugt vorzunehmen.

Hochachtungsvoll

Dr. W. Blumberg
i.A.:

W. Blumberg

Einschreiben

Job - BA -

So. 3.11/64

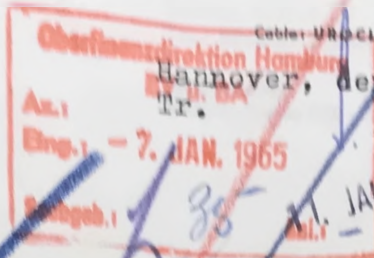
UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

3 Hannover : Klagenmarkt 10/11
Postfach Nr. 6065

Phone: Hannover 177 35/36

Quote: UK/A/14

Schreiben bitte anlegen



Cable: URO CLAIMS, Hannover

Hannover, den 6. Januar 1965

An die
Oberfinanzdirektion

2 Hamburg 13
Harvestehuder Weg 14
Postfach

Zu: O 5608 - A 87 - BV 25/351

Betr.: Rückerstattungsanfrage Rudolf APT ./.. Deutsches Reich

Sehr geehrte Herren!

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 7. Dezember 1964
überreichen wir in der Anlage wunschgemäß eine Lebensbe-
scheinigung für den Antragsteller, ausgestellt von der
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London am
28. Dezember 1964.

Wir bitten nunmehr um Auszahlung der DM 10.000,-- wobei
wir darauf hinweisen möchten, daß dem Antragsteller, da
er das 65. Lebensjahr vollendet hat, ab 1. Januar 1965
die gesamte Restsumme zusteht. Wir wären Ihnen dankbar,
wenn Sie den Gesamtbetrag zur Auszahlung bringen würden.

Hochachtungsvoll

Dr. W. Blumberg

i.A.:

Kremer

1 Anlage

Frei. Lichtbank

g. w. v. wegen der Auszahlung.

St. 12.1.65

Fragebogen

Az.: Q 1488 - A 87 - BV 331

OFD: H a m b u r g

1) Personalangaben des **Berechtigten:**Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

Dr.phil. A p t, Alice

Geburtsdatum und Geburtsort:

6.9.1910 in Dresden

jetzige Anschrift:

21 Ormonde Terrace, London NW 8

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Dresden

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

2) Personalangaben des **Verfolgten:**

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

3) (von der OFD auszufüllen)*):
Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine ZahlungsverpflichtungBeschluß Wiedergutmachungsamt beim Landgericht
Hamburg vom 8.10.52 - I/Z 5703 -1-
wegen Umzugsgut

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

3. der ehemaligen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossenen Verbände und der sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und des Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

X 4) Liegen weitere Beschlüsse oder Vergleiche vor, nach denen Ihnen allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen einen der in Ziffer 3) genannten Rechtsträger zustehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungsbehörde, Datum und Aktenzeichen des Beschlusses oder des Vergleichs)

Nein

X 5) Haben Sie allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen einen der in Ziffer 3) genannten Rechtsträger geltend gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbehörde und des Aktenzeichens)

Nein

6) Welche von den in Ziffer 3) bis 5) genannten rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen sind ganz oder teilweise abgetreten, verpfändet oder gepfändet worden?

Nein

Gfs. ist anz
a) in welche
b) Name un
Abtretung
oder Pfand

2) Auf welche
3) bis 5) ge
stattungsrech
sprüchen ha
Leistungen c
halten?

Gfs. ist anz
a) von welch
b) in welche

3) Haben Sie
ansprüche

(Anzugeben
digungsanspr
der für Sch
Körper od
Freiheit)

Gfs. ist
der En
und un
zeichen.

4) Habe
tigte
rück
Befr
red
vor
ste

Gfs. ist anzugeben

- a) in welcher Höhe,
b) Name und Anschrift des
Abtretungsempfängers
oder Pfandgläubigers.

- 7) Auf welche von den in Ziffer
3) bis 5) genannten rücker-
stattungsrechtlichen Geldan-
sprüchen haben Sie bereits
Leistungen oder Darlehen er-
halten?

Gfs. ist anzugeben

- a) von welcher Stelle,
b) in welcher Höhe.

- 8) Haben Sie Entschädigungs-
ansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-
digungsansprüche mit Ausnahme
der für Schaden an Leben, an
Körper oder Gesundheit oder an
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-
cher Entschädigungsbehörde
und unter welchem Akten-
zeichen.

Reg.Nr. 215 333 Entschädigungsbehörde *H. V. Hannover*
(eigene Ansprüche)

Reg.Nr. 225 191 Entschädigungsanspruch als
Erbin meiner Grossmutter

- 9) Haben Sie einen Bevollmäch-
tigten für das im Bundes-
rückerstattungsgesetz für die
Befriedigungsrückerstattungs-
rechtlicher Geldansprüche
vorgesehene Verfahren be-
stellt?

Gfs. ist Name und Anschrift
des Bevollmächtigten anzu-
geben.

United Restitution Organization, Hannover, Kaulbachstr. 23.

Mein Bevollmächtigter ist ermächtigt, alle Rechtsge-
schäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, die ich selbst
vornehmen könnte, insbesondere darf er Vergleiche abschlies-
sen, Rechtsmittel einlegen und zurücknehmen, Darlehnsanträge
stellen, Darlehnsverträge unterzeichnen. Die Vollmacht gilt
auch für das Bescheidsverfahren gemäss Bundesrückerstattungs-
gesetz. Mein Bevollmächtigter ist berechtigt, die ihm erteil-
te Vollmacht ganz oder teilweise auf einen Dritten zu über-
tragen. Mein Bevollmächtigter ist von den Beschränkungen
des § 181 BGB befreit und berechtigt, Gelder für mich in
Empfang zu nehmen.

10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

Auf das Ausländer-Anderkonto der URO in Hannover bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. in Hamburg, Ferdinandstrasse 75.

11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

London

(Ort)

den

20. Dezember 1957

(Datum)

Dr. phil. Alice Apt

(Unterschrift)

Oberfinanzdirektion Hamburg

1488 - A 27- IV 33/ 331

Hamburg 13, den
Telefon: 341291

25. April 1958

Reg. Nr. **341**

14

Bescheld

Auf Grund der §§ 36, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz = BRUG) vom 19. 7. 1937 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

dem **Berechtigten:**

Dr. phil. Alice A p t,
21 Ormonde Terrace,
London NW 8

als Rechtsnachfolger nach

./.

Bevollmächtigter: **United Restitution Organisation (URO)**
Hannover-Kleeefeld, Kaulbachstr. 23

folgenden Bescheld:

I.

Dem Bescheld liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

Beschluß des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg
vom 8.10.52 - Az.: I/Z 5703-1-

II.

Aus dem in Ziff. I aufgeführten Beschluß steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14-26 BRUG ein Anspruch in Höhe von

DM 14.234,50 (i.B.: Vierzehntausendseihundertvier-
undfünzig 50/100 Deutsche Mark)

zu.

15 33

III.

Der in Ziff.II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszusahlen.

IV.

Der zu Ziff.II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 v.H. vom 1.4.56 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Stehen der Berechtigten neben dem in Ziff.II aufgeführten Anspruch weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als T e i l - Bescheid.

VI.

G r ü n d e :

Durch den in Ziff.I genannten Beschluß ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, der Berechtigten für am 15.5.1941 entzogenes Umzugsgut im Werte von RM 9.503,-- Schadensersatz zu leisten.

Gemäß § 16 Abs.1 BRUG bemißt sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der der Berechtigten auf Grund dieses Beschlusses zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umzugsgutes am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf DM 14.254,50 festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht der Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umzugsgutes gewährt hätte, wird gem. § 16 Abs.2 S.1 BRUG kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen.

Der Berechtigten steht daher ein Schadensersatzanspruch in Höhe von DM 14.254,50 zu.

Der in Ziff.IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.56 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.56 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung a l l e r festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.



beglaubigt:

Kopp

Im Auftrag
gez.

(Polack)
Regierungsassessor

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschoren zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchtwaren sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchtwarenmarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RZW 1957 S.73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchtwaren ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

United Restitution Organization
Zweigsbüro: Hannover, Kienfeld
Kaulbachstr. 23 - Telefon 50254
Telegramm-Adresse: UROCLAIMS

UK/A/14 b

Oberfinanzdirektion
Hamburg

- 2. JULI 1958 -

Anlagen

Zu: O 1488 - A 87 - BV 42/421
(33/331)

An die
Oberfinanzdirektion
Hamburg 13
Hartungstr. 5

Betr.: Rückerstattungssache Dr. phil. Alice Apt
Rudolf A p t

Zu dem uns am 29.4.1958 zugestellten Bescheid dürfen wir bemerken:

Es ist richtig, daß Einwendungen gegen die Höhe des s.Zt. per 15.5.41 festgestellten Entziehungswertes in RM abgeschnitten sind. Es ist auch richtig, daß die Mandantin s.Zt. selbst in dem Antrage vom 22.1.51 den Betrag von RM 9.503.— gefordert hat, welcher ihr im Beschluß vom 8.10.52 zugebilligt wurde.

Die Mandantin hat aber von Anfang an darauf hingewiesen, daß die entzogenen Gegenstände - mit Ausnahme der Bibliothek - Neuanschaffungen waren. Diese Tatsache muß nach dem Merkblatt der Oberfinanzdirektion, die als Anlage zum Bescheid beigelegt ist, bei der Umwandlung des RM-Betrages in DM berücksichtigt werden. Bei neuen Sachen ist laut dem Merkblatt gegenüber dem Stand von 1941 eine Preissteigerung von 167% eingetreten. Die Neuanschaffungen betrugen RM 9.503.— abzüglich des Betrages für die Bibliothek von RM 2.600.— = RM 6.903.—. Die Oberfinanzdirektion hat in dem Bescheid nur 150% angesetzt. Sie hätte auf RM 6.903.— 17% mehr ansetzen müssen, was DM 1.173.— ausmacht."

Um die Notwendigkeit einer Klage zu vermeiden, bitten wir, in die entsprechende Erhöhung des Bescheidsbetrages einzuwilligen.

U R O

Dr. W. Blumberg

i.A.

mit Akte

Von 4/7.

11 Vgs. bes.
in zda (BA)

Nr 1077-

Hamburg, den

10. Juli 1958

V f G.

37

16758/Kb
10. JULI 1958

- 1) An
United Restitution Organization
(U R O)

H a n n o v e r

Klagesmarkt 10/11

Betr.: Rückerstattungssache Dr.phil.Alice Apt.Bezug: Ihr Schreiben vom 30.6.1958 - UK/A/14 b - Rei/Fr. -

Ich sehe keine Veranlassung meinen Bescheid
vom 23.4.1958 abzuändern.

Meines Wissens wird der von der Oberfinanzdirektion
Hamburg angewandte Umrechnungsfaktor von 1,5 von keiner
anderen Oberfinanzdirektion benutzt. Die hier vorgenommene
Festsetzung des Wiederbeschaffungswertes bei Umzugsgut ist
derart großzügig und kommt dem Berechtigten soweit entgegen,
dass eine Erhöhung des festgesetzten Wiederbeschaffungswertes
nicht möglich ist.

Zu Ihrer Unterrichtung darf ich darauf hinweisen,
dass die Oberfinanzdirektion Hamburg in einem ähnlich ge-
lagerten Fall ein Sachverständigengutachten über die Höhe
des Wiederbeschaffungswertes von neuwertigem und nach
Angaben des Berechtigten sehr wertvollem Umzugsgut eingeholt
hat. Der Sachverständige hat in diesem Fall den Wieder-
beschaffungswert auf knapp 9.000,-- DM geschätzt. Bei
Anwendung des Multiplikators von 1,5 wäre aber der Wieder-
beschaffungswert auf 15.000,-- DM festgesetzt worden.
Sie können daraus sehen, dass eine weitere Erhöhung nicht
vertretbar ist. Vielmehr wird man sich überlegen müssen,
ob der Umrechnungsfaktor nicht sehr erheblich herabgesetzt
werden muss.

- 2) Z.d.A.

Im Auftrag
(Polack)
Regierungsassessor

Sondervermögens- u. Bauverwaltung
beim Landesfinanzamt Berlin

V 42 4 - 05608 -

48 467

Interner Bescheid

1 Berlin 12
Fasanenstraße 87
Fernruf: 32 52 01

26 MRZ. 1964

26

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) erteilt die Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin,

der Berechtigten:

Frau Dr. Alice A p t

21 Ormonde Terrace, London NW 8 / England

als Rechtsnachfolger nach: ./.

Bevollmächtigter: Herren Rechtsanwälte Dr. Walter Schwarz,
Gerhard Falk, 1 Berlin 33, Auguste-Viktoria-Str. 66

folgenden int. Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

Vergleich vor dem Landgericht Berlin vom 9.1.1964

(149 WGK) 25 WGA 1305/60 (349/61) - Perlenkette und Armband -

II. Aus den in Ziff. 1 aufgeführten Rechtstiteln steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgender Anspruch zu:

1.135,20 DM

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRüG um DM ./.

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf DM 1.135,20

(i. W.: DM Tausendeinhundertfünfunddreißig 20/100)
festgestellt.

III. Von dem in Ziff. II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRüG zu zahlen:

1. gemäß Absatz 2 DM

2. bis spätestens zum 31. März 1961 DM

Der verbleibende Restbetrag von DM

ist grundsätzlich bis zum 31. März 1962 zu zahlen. Im Falle des § 32 Abs. 3 BRüG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV. Die im Rahmen des § 34 BRüG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden gegebenenfalls bis zum 31. Dezember 1962 befriedigt.

V. Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRüG die folgenden Vorleistungen / Darlehen angerechnet:

VI. Die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziff. V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäß § 37 BRüG an das Land Berlin - Entschädigungsamt - bewirkt.

VII. Von dem unter Berücksichtigung der Ziff. V und Ziff. VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von

DM

an den Berechtigten zu bewirken.

VIII. Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRüG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teilbescheid.

IX.

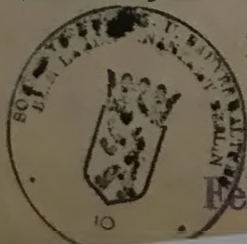
Gründe:

Der festgestellte Betrag entspricht dem aufgeführten Rechtstitel.

X.

Rechtsmittelbelehrung

Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides kann der Berechtigte gerichtliche Entscheidung beantragen. Der Antrag kann insbesondere darauf gestützt werden, daß in dem Bescheid die Aufteilung des Geldbetrages gemäß § 32 Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 Satz 1 unzutreffend vorgenommen oder, falls vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig oder eine gütliche Einigung rechtsgültig geworden ist (§ 14 Abs. 1), die Höhe des geschuldeten Geldbetrages im Bescheid unzutreffend festgesetzt worden ist. Wohnet der Berechtigte im Ausland, so tritt an die Stelle der Frist von drei Monaten eine Frist von sechs Monaten. Der Antrag ist an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin zu richten, zum Rechtstitel zu an das Landgericht Auf das Verfahren finden die Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (§ 11 Nr. 1) Anwendung. Ein Anwaltszwang besteht nicht.



Im Auftrag

Helgenhauer

Sondervermögens- u. Bauverwaltung
beim Landesfinanzamt Berlin

1 Berlin 12
Fasanenstraße 87
Fernruf: 32 52 01

26. MRZ. 1964

22

Gesch.-Z.: V 42 4 - 05608 -

Erf. Nr.: 48 467

Interner Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) erteilt die Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin,

dem Berechtigten:

Frau Dr. Alice A p t
21 Ormonde Terrace, London NW 8 / England

als Rechtsnachfolger nach: ./.

Bevollmächtigter: Herren Rechtsanwälte Dr. Walter Schwarz,
Gerhard Falk, 1 Berlin 33, Auguste-Viktoria-Str.
66

folgenden internen Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

Vergleich vor dem Landgericht Berlin vom 9.1.1964

(149 WGK) 25 WGA 1305/60 (349/61) - Perlenkette und Armband -

II. Aus den in Ziff. 1 aufgeführten Rechtstiteln steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgender Anspruch zu:

1.135,20 DM

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRüG um DM ./.

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf DM 1.135,20

(i. W.: DM Tausendeinhundertfünfunddreißig 20/100)
festgestellt.

III. Von dem in Ziff. II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRüG zu zahlen:

1. gemäß Absatz 2

DM

2. bis spätestens zum 31. März 1961

DM

Der verbleibende Restbetrag von

DM

ist grundsätzlich bis zum 31. März 1962 zu zahlen. Im Falle des § 32 Abs. 3 BRüG vermindern sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV. Die im Rahmen des § 34 BRüG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden gegebenenfalls bis zum 31. Dezember 1962 befriedigt.

V. Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRüG die folgenden Vorleistungen / Darlehen angerechnet:

VI Die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziff. V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäß § 37 BRüG an das Land Berlin - Entschädigungsamt - bewirkt.

VII. Von dem unter Berücksichtigung der Ziff. V und Ziff. VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von

DM

an den Berechtigten

zu bewirken.

VIII Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rück-
erstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRüG genannten Rechtsträger zu, so gilt
dieser Bescheid als Teilbescheid.

IX.

Gründe:

**Der festgestellte Betrag entspricht dem
aufgeführten Rechtstitel.**

X.

Rechtsmittelbelehrung

Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides kann der Berechtigte gerichtliche Entscheidung beantragen. Der Antrag kann insbesondere darauf gestützt werden, daß in dem Bescheid die Aufteilung des Geldbetrages gemäß § 32 Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 Satz 1 unzutreffend vorgenommen oder, falls vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig oder eine gütliche Einigung rechtsgültig geworden ist (§ 14 Abs. 1), die Höhe des geschuldeten Geldbetrages im Bescheid unzutreffend festgesetzt worden ist. Wohni der Berechtigte im Ausland, so tritt an die Stelle der Frist von drei Monaten eine Frist von sechs Monaten. Der Antrag ist an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin zu richten, zum Rechtstitel zu
an das Landgericht Auf das Verfahren finden die Rechtsvorschriften zur Rück-
erstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (§ 11 Nr. 1) Anwendung. Ein Anwa'tszwang besteht nicht.

Die Übersetzung in vorstehender Abschrift
mit der Unterschrift wird hiermit beglaubigt:

Im Auftrag



26. MRZ. 1964

Feldhauer
14

(LS)

gen. Felgenhauer

28

~~Anfertigung~~
Beglaubigte Abschrift

Öffentliche Sitzung
der Zivilkammer 149
des Landgerichts Berlin
(Wiedergutmachungskammer)

1 Berlin 30, den 9. Januar 1964
Am Karlsbad 6
Fernruf: 13 16 11
innerbetr.: (95) 4271

(14) WGK)25 WGA 1305/60 (349/61)

Gegenwärtig:

In der Rückerstattungssache

Landgerichtsdirektor
Gischkow
als Vorsitzender

der Frau Dr. Alice A p t ,
84 Shoot-up Hill, London N.W.2/England

Landgerichtsrätin Gutzeit

Antragstellerin,

Gerichtsassessor Hillebrand
als beisitzende Richter

Verfahrensbevollmächtigter:

Batscheck, Justizangestellte
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Dr. Bruno Bley,
3 Platt's Lane, London N.W.3(England),

Unterbevollmächtigte: Rechtsanwälte
Dr. Walter Schwarz und Gerhard Falk,
1 Berlin 31 (Wilmerdorf), Uhlandstr. 137.

g e g e n

das Deutsche Reich,
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,
in Berlin vertreten durch die Sondervermögens-
und Bauverwaltung beim Landesfinanzamt Berlin,
1 Berlin 12 (Charlottenburg), Fasanenstraße 87,

Antragsgegner,

erschieden in dem heutigen Verhandlungstermin:

1. für die Antragstellerin:
Rechtsanwalt Dieser Noisten unter Bezugnahme
auf die Untervollmacht Bl. 71 a d.A.,
2. für den Antragsgegner: Reg. Rat Röhle.

Die Parteien schließen folgenden

V e r g l e i c h :

I.

Der Antragsgegner zahlt nach Maßgabe der §§ 31 ff
BRUG und unter Beachtung der Devisenbestimmungen
an die Antragstellerin

1.135,20 (Eintausendeinhundertfünfunddreißig 20/100)
Deutsche Mark.

II.

Jede Partei trägt ihre außergerichtlichen Kosten
selbst.

III.

Damit sollen alle Ansprüche der Antragstellerin
wegen des Entzuges ihrer Perlenkette und ihres Arm-
bandes abgegolten sein.

Vorgelesen und genehmigt.

PP.

Gischkow

Batscheck

Die Übereinstimmung der Abschrift
mit der Urschrift wird hiermit beglaubigt
Berlin, den - 9. MRZ. 1964



Richter
Richter

Der Regierungs-
Entschädigungs-
B 215 333
Anworten usw. bitte
Datum dieses Schreibens

An die
Sonderver-
waltung
Finanzamt

1000 B. 2
F.

Betr.: Das
ge-
hört

Betr.: Ich
An

Wegen der
erwähnten
Scheidung
gem. § 25

Die Übers
XXXXXXXXXX
Vermögens
F)

F) Ich
mir
dem
21/2
wird

der von
Wertpar
bis zu
Dego-Al
(450,-

Sollte
ganzer
erreichte

Der Regierungspräsident

Entschädigungsbehörde -
215 333

IEB
(Bei Antworten usw. bitte Geschäftszeichen
und Datum dieses Schreibens angeben.)

(20a) Hildesheim, den 24. Mai 1960

Fernsprechanruf 7901
Sprechzeit: Ausnahmslos Montag von 8 - 16 Uhr

Sprechzeit
der Entschädigungsbehörde
Hildesheim:

Ausnahmslos
Montag von 8 - 16 Uhr

An den
Haupttreuhänder für
Rückerstattungsvermögen

B e r l i n W 30

Nürnberger Str. 53 - 55

Betr.: Anmeldung der gem. § 25 BRUG auf das Land Niedersachsen
übergegangenen Ansprüche;
hier: Rückerstattungssache Dr. Alice Apt,
geb. am 6. 9. 1910, wohnhaft in London

Anlagen: - 4 -

Die Antragstellerin hat bei mir u. a. Entschädigungsansprüche
für Schaden durch Zahlung einer Dego-Abgabe geltend gemacht,
über die mit Vergleich vom 10./20.4.1960 (Anlage 1) entschieden
worden ist. Dem Vergleich liegt - soweit es für die Anmeldung von
Bedeutung ist - folgender Sachverhalt zu Grunde:

Die Antragstellerin ist, zur Zahlung einer Dego-Abgabe in Höhe von
450,-- RM veranlagt worden, (Anlage 2) die sie durch Hingabe von Wertpapieren
entrichtet hat. Da der Antragstellerin im Entschädigungswege für die
Dego-Abgabe volle Entschädigung zuerkannt worden ist, geht der
Schadensersatzanspruch nach dem Bundesrückerstattungsgesetz
in dem in § 60 Abs. 1 BEG in Verb. mit §§ 25 und 26 BRUG bestimmten
Umfange auf das Land Niedersachsen über.

Im vorliegenden Fall vollzieht sich der Übergang in Höhe
der von Ihnen für den Annahmewert der einzelnen entzogenen
Wertpapiere zu leistenden Entschädigung, höchstens jedoch
bis zu der von mir insoweit geleisteten Entschädigung für die
Dego-Abgabe, d. h. in Höhe von

(450,-- RM - entschädigt 10 : 2) =

90,-- DM

Sollte der Rückerstattungsanspruch die beantragte Summe - im
ganzen oder für jeden einzelnen Vermögensgegenstand - nicht
erreichen, so wird der Antrag entsprechend beschränkt.

Auf Frage des Vorbringungsnachweises gem. § 5 BRGG nehme ich
auf den Beschluss des Landgerichts Berlin vom 21.12.1959
(145 WOK) & WGA 1197/50 (117/55) Bezug.

Im Auftrage:
gen. Goldstein



Beglaubigt:
M. Krumm
Reg.-Angestellte

I KRI -
Begrüßung

Lond
Der
gen

Ausfertigung

33

I EB - 215 333 -
Besch.Gr. (S.D.)

In der Entschädigungssache
der Lehrerin Dr. Alice A p t ,
geb. am 6. 9. 1910 in Dresden/Sachsen,
wohnhaft 21, Ormonde Terrace, Regent's Park,
London N.W. 8/England,

Bevollmächtigter: Dr. Bruno Bley, 3, Platt's Lane,
London N.W. 3/England,

wird zwischen

dem Land Niedersachsen - vertreten durch den
Regierungspräsidenten - Entschädigungsbehörde -
in Hildesheim

und

der Antragstellerin

folgender

V e r g l e i c h
=====

geschlossen:

1. Die Antragstellerin ist aus Gründen der Rasse im Sinne des § 1 BEG verfolgt worden.
2. Zur Abgeltung der angemeldeten und nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) begründeten Entschädigungsansprüche für Schaden an Vermögen, durch Zahlung von Sonderabgaben und für Schaden im beruflichen Fortkommen zahlt die Entschädigungsbehörde an die Antragstellerin einen sofort fälligen Betrag in Höhe von

6.640,-- DM
=====

(in Worten: Sechstausendsechshundertvierzig Deutsche Mark).

3. Da die Sonderabgaben teilweise mittels Vermögensgegenständen, die als solche u.U. der Rückerstattung unterliegen, entrichtet worden sind, gehen die der Antragstellerin etwa zustehenden Rückerstattungsansprüche bis zur Höhe der für den Annahmewert der einzelnen entzogenen Vermögensgegenstände zu leistenden Entschädigung auf das Land Niedersachsen über.

London, den 10. April 1960

Hildesheim, den 20. April 1960

Der Bevollmächtigte:
gez. Dr. Bley

Der Regierungspräsident
-Entschädigungsbehörde-

(L.S.)

Im Auftrage:
gez. Limmer

Li/Ahlb.

Beschneidung

Wohnungsbesitzer Hamburg

A 99 - W 123 456 -

Reg. Nr. 1234

Hamburg 19. des

Februar 1964

9. April 1964

Beschneidung - Bescheid

Auf Grund der §§ 24, 25 des Wohnungsgesetzes zur Beachtung der übermässigen Bebauung sowie
Verhältnisse des Eigentums und der öffentlichen Sicherheit (Bauordnungsgesetz vom 1. März 1962 (Bundesgesetzblatt I. S. 244)) wird die übermässige Bebauung

§ 24 Bescheid:

Frau Dr. Alice A p 6

21 Oranien Terrace

London NW 2/England

als Rechtsnachfolger nach

Bewilligte:

Rechtsanwälte Dr. Walter Schwarz, Gerhard Falk,
Berlin 33, Auguste Viktoria-Str. 66,

im Anschluß an den Bescheid vom 23.4.1950 - Reg.Nr. 341 -

weiteren
folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechts**titel** zugrunde:

Vergleich vor dem Landgericht Berlin vom 9.1.1964
As.: (149 WVK) 25 WKA 1305/60 (349/61) -

II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Rechtstiteln stehen de **F**..... Berechtigten nach Maßgabe der
§§ 14 bis 26 BRüG folgende Ansprüche zu:

DM 1.135,20
=====

Der unter Einbeziehung des durch Bescheid vom 23.4.1958 anerkannten
Betrages von DM 14.254,50

~~Der hierdurch~~ insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 15.389,70

(in Worten: **fünfehtausenddreihundertneunund-**
festgestellt. **achtzig 70/100** =====

Deutsche Mark)

Der in Ziffer
berei
Von dem

Der verk
unterlieg

Der 2
Zinss
etwa

A
d

III

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist ~~in Höhe von~~ DM 14.256,50 ~~bereits ausbezahlt.~~

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 Abs. 2 und 3 BRüG ~~nach~~ zu zahlen

DM 1.135,20

Der verbleibende Restbetrag von

DM _____

unterliegt der Auszahlungsregelung des § 32, Abs. 4 und 5 BRüG.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRüG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1. 4. 1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRüG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden gemäß § 34 Abs. 2 BRüG befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 34 BRüG die folgenden Darlehen angerechnet:

VI.

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM _____ gemäß § 37 BRüG an das Land _____ bewirkt

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM _____ an d. ~~den~~ Berechtigten(n) zu bewirken.

VIII.

Stehen d. ~~den~~ Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRüG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil-Bescheid.

IX.

Gründe:

Aus den in Ziffer I genannten Vergleich ergibt sich die Verpflichtung des Deutschen Reiches, für die Entziehung einer Perlenkette und eines Armbandes nach Maßgabe des Bundesrückerstattungsgesetzes Schadensersatz in Höhe von zu leisten.

DM 1.135,20

Durch den Bescheid vom 23.4.1956 sind Schadensersatzansprüche in Höhe von suerkannt worden.

DM 14.254,50

Von dem Gesamtanspruch in Höhe von ist der bereits ausgeschalt Betrag von abzusetzen, so daß noch gemäß § 32 Abs. 2 BRUG auszusahlen sind.

DM 15.389,70

DM 14.254,50

DM 1.135,20

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1. 4. 1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1. 4. 1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

Rechtsmittel:

-soweit ihm der unter Ziffer I genannte Rechtstitel Gegen diesen Bescheid/ kann - können - d. Berechtigte(n) zu grunde liegt -

innerhalb einer Frist von drei Monaten, d. Berechtigte(n) zu innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Tage der Zustellung dieses Bescheides, gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg beantragen

Berlin

Im Auftrag

beglaubigt:

S ü n n i c h
(Sünnich)
Referent



Kauzleisangestellte

OFD Hambu
0 5608 - A

OFD Hamburg
0 5608 - A 87 -

1) Herrn
Regierung
in Hildes
- Entschä
32 H i l d e
Bürohaus

Betr.: RU
Bezug: IK
Anl.: -1

In der o
eines er

2) Z.d.A.

3(Abse
4) ZdA.